

Helmut Wiesenthal (19.04.2012)

## Beitrag zum Panel „Die deutsche Exportorientierung“

Dazu 2 Punkte:

- (1) Was ist das eigentlich, das deutsche Geschäftsmodell?
- (2) Was wird vorgeschlagen, um seine weniger willkommenen Effekte zu korrigieren?

### (1) Das deutsche Geschäftsmodell – Was bedeutet und was bewirkt es?

Über das „Geschäftsmodell“ eines Landes oder eines Staates zu sprechen, darf einem durchaus etwas befremdlich vorkommen.

Ein Geschäftsmodell haben Unternehmen.

Schlecker hatte ein Geschäftsmodell, das lange Zeit gut funktionierte. Aber als die zu Grunde liegende Personalpolitik öffentlich diskutiert wurde, war es bald am Ende.

Auch die Hersteller deutscher Premium-Automobile haben ein Geschäftsmodell: für viel Geld viel Distinktion zu bieten und dann den hohen Preis als Qualitätsausweis darzustellen.

Auch die Lufthansa hatte lange Zeit ein erfolgreiches Geschäftsmodell: Kunden mit toller Werbung zu locken und sie dann mit schlechtem Service zu bestrafen.

Was aber ist das „Geschäftsmodell“ eines Landes oder eines Staates?

Es ist weder in der Verfassung festgelegt, womöglich noch nicht einmal das Ergebnis politischer Entscheidung.

Hier hilft nur der Blick auf die Begriffsverwendung.

Der Begriff ist nämlich neueren Datums und war vor 2009 unüblich.

Aber als Deutschland in der Finanz- und Wirtschaftskrise von 2008/2009 verhältnismäßig unbeschadet blieb, kam die teils kritische, teils affirmative Rede vom „deutschen Geschäftsmodell“ auf. Das ist offenbar etwas, das sich als Folge einer Vielzahl mikro-ökonomischer Entscheidungen ergeben hat, um dann Gegenstand einer (i.d.R. positiven) Bewertung zu werden – und nicht mehr als emergentes Aggregatphänomen, sondern als Resultat diskretionärer Entscheidung erscheint.

Der Inhalt des Begriffs ist rasch umrissen als

#### **effektive Export- und Weltmarktorientierung,**

einerseits aufgrund der erfolgreich vermarkteten Produkte (u.a. Qualitätsprodukte auf mittlerem bis hohem Technologieniveau),

andererseits dank des Wettbewerbsvorteils einer moderaten Lohnpolitik,

**entweder als wertvoll oder als problematisch** betrachtet, wenn mit einem anhaltend **positiven Leistungsbilanzsaldo** verbunden,

der mit **Kapitalexport und dem Gläubigerstatus Deutschlands** gegenüber anderen Ländern einher geht.

**Daten 2011:** Exporte 1.060 Mrd. - Exportquote 41,3 % BIP. Importe 902 Mrd. – 37,4 % . Export-Überschuss 158 Mrd. (DeStatis zu 2011)

**PRO:** Nach der in Wirtschafts- und Industriekreisen verbreiteten Auffassung zeichnet sich dieses Geschäftsmodell durch rundum positive Merkmale aus.

Es sei eine gesellschaftliche Win-Win-Situation, an der nur notorische Nörgler etwas auszusetzen haben.

Das geht in aller wünschenswerten Klarheit aus einer Expertise des Instituts der deutschen Wirtschaft (vom 31.08.2009) hervor, die unter dem Titel „Geschäftsmodell Deutschland“ auf dem Prüfstand“ veröffentlicht wurde.

- > starke Zunahme der Exporte und hoher Offenheitsgrad der dt. Wi.
- > Schere öffnet sich ab 2000.
- > Differenz von 6 PP zwischen Export- u. Importquote 2008.
  
- > Nicht reflektiert: Ausmaß , internationale Tragfähigkeit und der nationale Verteilungseffekt von Exportüberschüssen bzw. positiven Leistungsbilanzsalden.

**CONTRA:** Gewerkschaftsnahe Ökonomen (Horn et al. im Wirtschaftsdienst 2010) sehen einen Zusammenhang zwischen Exportüberschüssen und dem relativen Rückgang bei unteren Einkommen.

Wenn gleichzeitig die höheren Einkommen weiter Zuwächse erzielen, die wegen der höheren Sparneigung nicht in den Konsum fließen, kann es der Fall sein, dass das gesamtwirtschaftliche Wachstum mit stagnierenden Realeinkommen zusammengeht.

Tatsächlich ist die Einkommensverteilung in D laut OECD im letzten Jahrzehnt ungleicher geworden. Davon haben die Bezieher von Kapitaleinkommen und höheren Löhnen profitiert.

- > Wirtschaftsvertreter argumentieren: Trotz Öffnung der Einkommensschere sei weiterhin Lohnzurückhaltung (LZR) erforderlich. Der Netto-Kapitalexport sei die Folge einer Standortschwäche aufgrund eines zu hohen Lohnniveaus. Weil die LZR zu gering sei, fliehe das Kapital (Sinn).
- > Diesem Argument zufolge würde der umfangreiche Kapitalfluss von China in die USA durch eine unzulängliche Wettbewerbsfähigkeit Chinas verursacht.

**DIAGNOSE:** Der Leistungsbilanzüberschuss bedeutet:

Konsum und Investitionen im Inland sind geringer als die inländische Wertschöpfung. Das manifestiert sich einerseits in Beschäftigungsgewinnen und andererseits in der Kreditierung des ausländischen Verbrauchs.

Wenn die ausländischen Kreditnehmer den Kredit für die von ihnen importierten Waren nicht zurück zahlen können, wie z.B. im Fall Griechenlands, bleibt das Exportland ohne

Gegenwert für seine Kredite. Manche schönen Mercedes und BMWs, die durch Athen kurven, wurden also de facto von Deutschland verschenkt.

Jetzt bräuchte man also eine plausible Erklärung, warum man nicht besser ein Geschäftsmodell präferieren sollte, bei dem alle deutschen Exporte durch ein entsprechendes Volumen der Importe bezahlt werden.  
Vielleicht bekommen wir das noch erklärt.

**Denn mit Exportüberschüssen ist eine ungleiche Gewinn- und Risikoverteilung verbunden:**

**Auf der einen Seite** stehen die, die als Aktionäre, Management und Arbeitnehmer direkt an den Exporterlösen partizipieren, sowie Kapitalanleger, z.B. als Gläubiger von der Staatsanleihen, die mehr oder weniger gute Renditen bringen.

**Auf der anderen Seite** die Mehrheit der Bürger und Steuerzahler, die keinen Anteil an den Erlösen kreditierter Exporte hat, aber mit den Kosten belastet werden, wenn es zum Zahlungsausfall kommt.

Diese Mehrheit wäre fraglos besser gestellt, wenn statt der Kapitalexporte mehr **inländische** Sachinvestitionen getätigt würden.

Auch ohne, dass es zu Abwertungsverlusten oder Zahlungsausfällen kommt, impliziert ein dauerhaft positiver Leistungsbilanzsaldo eine Umverteilung zwischen den Insidern der Exportindustrie (shareholders und stakeholders) und der nicht partizipierenden Mehrheit.

**Im Klartext:**

Vor diesem Hintergrund drängt sich der Verdacht auf, dass die Affirmation eines „deutschen Geschäftsmodells“ im Wesentlichen der Verteidigung eines im letzten Jahrzehnt entstandenen Verteilungsmusters dient.

[Falls dabei von der Gesamtheit der außen- und binnenwirtschaftlichen Wirkungen abgesehen wird, könnte man sogar eine bewusste Verschleierung von Verteilungsprivilegien vermuten.]

**(2) Was wird vorgeschlagen, um die Wirkungen des „deutsche Geschäftsmodells“ zu korrigieren?**

**Binnenwirtschaftliche ABHILFE:**

Grundsätzlich besteht die rationale Reaktion auf die hohe Exportabhängigkeit NICHT in Lohnsteigerungen zu Gunsten der Beschäftigten in exportierenden Industrien, sondern in **Lenkungsanreizen zu Gunsten einer höheren Nachfrage nach Konsum- und Investitionsgütern**, einer **geringeren Sparneigung** und **vermehrter Investitionen in höhere Standortqualität**.

> Übermäßige Lohnsteigerungen können die Wettbewerbsfähigkeit und das Beschäftigungsniveau beeinträchtigen.

> Es geht nicht darum, dass die Beschäftigten in exportierenden Unternehmen mehr Lohnerhöhung brauchen. Exportierende Unternehmen erzielen i.d.R. höhere Renditen und zahlen höhere Löhne (J. Wagner, Wirtschaftsdienst 2008).

> Im Übrigen sind die Stundenlöhne in der Industrie von 1991 - 2008 doppelt so stark wie die Produktivität und stärker als die durchschnittlichen Einkommen gestiegen (IW).

Weil innerhalb der EU-Zone die Möglichkeit der Währungsaufwertung oder einer expansiven Geld- u. Fiskalpolitik fehlt, bleibt nur die Einflussnahme auf **Binnen-Nachfrage und inländische Investitionen.**

**Die gleiche Konsequenz** ergibt sich beim Blick auf die **außenwirtschaftliche KONTROVERSE über die Tragbarkeit von hohen Leistungsbilanzsalden.**

**Die Bundesregierung** erwartet und begrüßt lt. JWB 2012 ausdrücklich eine Zunahme der Binnennachfrage und einen stärkeren Anstieg der Importe (3%) als der Exporte (2 %). Übermäßige Leistungsbilanzüberschüsse sollen abgebaut werden. LZR wird nicht explizit gefordert, nur eine „verantwortungsvolle“ Tarifpolitik.

**Auf welche Weise die Binnennachfrage und inländische Investitionen gestärkt werden sollen, bleibt offen.**

Interessant ist, was als unter „hohen“ Leistungsbilanzüberschüssen verstanden wird. Im Rahmen des „europ. Semesters“, d.h. der EU-Kontrolle der nationalen Haushalte, werden darunter nur Überschüsse von **mehr als 6 %** verstanden.

**Die Regierungen der EU-Länder haben keine einheitliche Position:**

> Die **solventen Nordländer** wollen Wachstum durch mehr Wettbewerb im EU-Binnenmarkt stimulieren, setzen auf Innovation und Produktivitätssteigerung, aber auch auf Haushaltsdisziplin.

> **Frankreich und andere Mittelmeerländer** wollen das Gegenteil: den Wettbewerbsdruck reduzieren, etwas Protektionismus wiedereinführen, die empfehlende Deregulierung von Dienstleistungssektoren und den Abbau rigider Arbeitsplatzschutzregeln vermeiden.

**Es gibt also zwei konkurrierende Strategien:**

**Die angebotsorientierte Strategie:**

Strukturreformen, Marktöffnung, Marktverzerrungen reduzieren, weitere Arbeitsmarkt-Liberalisierung, Bildung ausbauen, Investitionen steigern, Standortattraktivität zur Anregung von Investitionen verbessern, Ersparnis verringern, für funktionsfähige Finanzmärkte sorgen.

> Eine wichtige Rolle spielt dabei die **Liberalisierung der Dienstleistungssektoren.** Denn DL machen rund 2/3 der EU-Wirtschaftsleistung aus. So soll D für mehr Wachstum sorgen (Monti).

- > Erhebliche Produktivitätsreserven bei DL in D, deren Wachstum unter dem OECD-Mittel liegt. 1 % mehr Wachstum über 10 Jahre sind möglich (Econ 18.02.12).
- > Aber: Die internat. Wirtschaftspresse beklagt Merkels Abneigung "of boosting German demand to help others" oder "pursuing structural reforms in Germany itself" (Econ. 21.01.12).

### **Die nachfrageorientierte Strategie (IMK u.a.) :**

- > mehr Einkommen für Geringverdiener (allgemeiner gesetzlicher Mindestlohn, Privilegierung geringfügiger Beschäftigung beenden),
- > nachholende Lohnsteigerungen im Öffentlichen Dienst (Annäherg. an Privatwirtschaft),
- > der Ungleichverteilung der Einkommen gegensteuern im Steuer- und SV-System,
- > zusätzliche Investitionen in Bildung und Infrastruktur.

Diese Position findet wird u.a. vom IWF unterstützt und im Economist dieser Woche nachdrücklich empfohlen (14.04.2012: 16):

- > Die deutschen Politiker sollten sich erinnern, **was das eigentliche Ziel von Wachstum** ist, nämlich **die Erhöhung persönlicher Einkommen und Ausgaben**, denn
- > „**the real benefit from higher exports is to pay for more imports**“!

### **Mein Resümee:**

Es ist, erstens, höchste Zeit, die Verteilungsfolgen kontinuierlicher Exportüberschüsse zu diskutieren.

Und, zweitens, sie mit einem Paket aus nachfrage- und angebotsorientierten Strategien unter Kontrolle zu bringen!

----

Außer auf einem Lohnstückkosten-Vorteil beruht der Leistungsbilanzüberschuss auch auf der Differenz von gesamtwirtschaftlicher **Ersparnis** und privaten Investitionen. In den europ. Nordländern besteht eine hohe Sparneigung und dementsprechend Konsumzurückhaltung, aufgrund der **Haushaltsdisziplin** der öffentlichen Hand und der hohen Sparneigung hoher Einkommen. (Zeddies, cege 2010).

**Der IWF** moniert die hohen Exportüberschüsse und führt sie auf extrem moderate Lohnsteigerungen, allzu sparsame Haushaltspolitik und Investitionszurückhaltung der Unternehmen zurück.

----

### **HISTORY**

Wolfgang Streecks (2011) Ursachen-Szenario:

Nach dem Auslaufen des Wachstums- und Innovationsbooms der 60/70er Jahre wurden die gewachsenen Verteilungs- und Sicherheitsansprüche der Bevölkerung durch staatliche Schuldenaufnahme gestillt. Als Tragbarkeitsgrenzen erreicht schienen, kames zu einer Deregulationswelle, die zu spürbaren Produktivitätsgewinnen führte und sich damit global

durchsetzte. Die Produktivitätsgewinne reichten aber nicht aus, um den Schuldenstand einzufrieren oder gar abzubauen. Vielmehr wurden viele Staatsschulden nach der Subprime-Crisis von den Märkten als unsicher wahrgenommen, was die Zins- und Schuldenlast erhöhte. In dieser, vermutlich noch nicht auf dem Höhepunkt angelangten, Krise taugen Kredite immer weniger als (ohnehin toxische) Problemlösung, sondern sind ein Problemverstärker. Darum der ubiquitäre Zwang zu Austeritätsreformen – in Nehmer- und Geberländern. Umso zwingender erscheint die Suche nach neuen Wachstumspotenzialen und Innovationsfaktoren. BENÖTIGT WIRD EIN NEUES WACHSTUMSMODELL.